



# Interviews

**Datum: 02. Mai 2024**

**Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Viola von Cramon**

**Dirk-Oliver Heckmann:** Seit Wochen gehen in der georgischen Hauptstadt Tiflis die Massen auf die Straße. Der Grund: die amtierende Regierung hat ein sogenanntes Transparenzgesetz auf den Weg gebracht. Das soll Nichtregierungsorganisationen dazu verpflichten offenzulegen, wenn sie mehr als 20 Prozent ihres Budgets aus dem Ausland erhalten. Das Problem: Für die Gegner des Gesetzes hat das nichts mit Transparenz zu tun. Sie befürchten eher eine Entwicklung wie in Russland, wo NGOs als ausländische Agenten drangsaliert oder sogar verboten werden. Überschattet von Polizeigewalt gegen Demonstranten und Dutzenden Festnahmen hat das Parlament das Gesetz gestern Abend in zweiter Lesung verabschiedet, doch die Proteste gehen weiter.

Darüber können wir jetzt sprechen mit Viola von Cramon von Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments und Ost-europa-Expertin. – Guten Morgen, Frau von Cramon.

**Viola Von Cramon:** Hallo, Herr Heckmann. Guten Morgen.

**Heckmann:** Manch einer fühlt sich an die Lage in der Ukraine im Jahr 2014 erinnert. Eine prorussische Regierung will das Land nach Osten führen. Die Menschen aber wollen in die EU Richtung Westen. Fühlen Sie sich auch erinnert?

**Von Cramon:** Ja, es gibt schon gewisse Ähnlichkeiten. Was wir in den letzten Tagen gesehen haben, waren, genauso wie Sie es in Ihrer Anmoderation geschildert haben, im Grunde wochenlange Proteste und eben nicht organisiert von der politischen Opposition, sondern von verschiedenen NGOs, von Bewegungen, von jungen Menschen, die ganz klar sagen, wir wollen nicht Richtung Russland, wir wollen unser Land in die Europäische Union führen und wir wollen eine Regierung, die uns dabei unterstützt. Das sieht ein bisschen so aus, wie das auch 2013, 2014 in der Ukraine begonnen hat. Das stimmt schon, ja.

**Heckmann:** Welche Auswirkungen hätte es aus Ihrer Sicht, wenn dieses Transparenzgesetz verabschiedet wird?

**Von Cramon:** Wir haben ja einige Vorlagen aus den umliegenden Ländern oder auf jeden Fall da, wo Russland Einfluss genommen hat. Wir haben es in Belarus gesehen, wir haben es in Aserbaidschan gesehen, wir haben es in Kirgistan gesehen, natürlich in Russland, und im Grunde führt es zur Abschaffung und zur Zerstörung der freien und unabhängigen Zivilgesellschaft. Das wissen die Georgierinnen und Georgier auch und deswegen kämpfen sie so vehement. Deswegen stemmen sie sich mit allen, ihnen zur Verfügung stehenden zivilen und friedlichen Mitteln dagegen, weil aus ihrer Sicht dieses Land eigentlich ein prowestliches Land ist und auch in der Verfassung stehen hat, dass sie sich langfristig Richtung EU und Richtung NATO orientieren sollen.

**Heckmann:** Georgien ist seit dem vergangenen Jahr EU-Beitrittskandidat. Würde ein solches Gesetz den EU-Beitrittsprozess zum Stillstand bringen?

**Von Cramon:** Auf jeden Fall, und es ist ja auch besonders zynisch – das muss man an dieser Stelle auch noch mal sagen -, dass gestern der Generaldirektor der Generaldirektion Erweiterung gelandet ist und mit dem Premierminister gesprochen hat und einige Minuten später in der zweiten Lesung das Gesetz im Parlament verabschiedet wurde, obwohl Ursula von der Leyen entsprechende Statements abgegeben hat, obwohl der Hohe Repräsentant Josep Borrell entsprechende Statements abgegeben hat. Alle haben eine ganz klare Konsequenz aufgezeigt, die das für das Land hat, und trotzdem hat die Mehrheitsfraktion, trotzdem hat die Regierungsfraktion sich daran nicht gestört, und das ist schon eine ganz klare konfrontative Ansage aus der Regierung heraus, dass sie sich vom europäischen Kurs, dass sie sich vom EU-Kurs abwenden. Da kann man eigentlich nur das Schlimmste befürchten für die nächsten Tage.

**Heckmann:** Jetzt hat ein Parlamentarier der Regierungspartei Georgischer Traum gestern dem ZDF gesagt, er glaube nicht, dass das Gesetz die Beitrittsverhandlungen stören könnte, denn es gehe um Transparenz, und er könne sich nicht vorstellen, dass die EU irgendwas gegen Transparenz haben könnte.

**Von Cramon:** Na ja, da versucht man wieder, Dinge schönzumalen. Das haben sie ja auch mit unserem Kanzler versucht. Der Premierminister war ja vor zehn Tagen in Berlin. Ich glaube, da muss man sich nicht hinter die Fichte führen lassen. Das ist ganz eindeutig. Dieses Gesetz hat mit der ursprünglichen Idee des EU-Kandidatenstatus nichts zu tun und es widerspricht auch den Anforderungen. Die EU hat einen Katalog an Georgien ausgegeben, allerdings schon vor einiger Zeit, in dem eine Reihe von Punkten stehen, und eigentlich, muss man ganz ehrlich sagen, wurden von den Punkten anderthalb oder zwei erfüllt, der Rest wurde nicht erfüllt. Wir haben aber im Hinblick auf diese Zivilgesellschaft, auf die Menschen in Georgien, die ja wirklich mit allen Anstrengungen versuchen, Richtung Europa zu gehen, diesen Kandidatenstatus trotzdem vergeben und im Nachhinein muss ich sagen, obwohl ich mich sehr dafür starkgemacht habe, vielleicht war es doch nicht die richtige Entscheidung. Ja, es ist eine Abwägungsfrage, aber wenn jetzt der Georgische Traum, die Regierungsfraktion tatsächlich damit auch in den Wahlkampf geht – und die nächsten Wahlen stehen im Oktober an -, dann muss man sich genau überlegen, ob dieser Kandidatenstatus von der Regierungsfraktion nicht missbraucht wird.

**Heckmann:** War es ein Fehler, so schnell Georgien den Beitrittskandidatenstatus zu verleihen?

**Von Cramon:** Für die Menschen war es kein Fehler und das Signal in die Gesellschaft hinein war ein wichtiges Signal, dass sie nicht zurückgelassen werden, dass nicht nur die Ukraine und Moldau diesen Status zuerkannt bekommen, sondern dass Georgien es genauso verdient hat, weil in der Vergangenheit Georgien immer ein Vorbild war. Dort haben Antikorruptionsreformen gegriffen, dort gab es Polizeireformen, Verwaltungsreformen und vieles andere mehr, was es in keinem anderen Staat der ehemaligen Sowjetunion und bis auf die baltischen Staaten gegeben hat. Von daher war das schon auch bis zu einem gewissen Maß berechtigt. Aber jetzt nach den letzten Rückschritten und auch nach dem, was Bidsina Iwanischwili, der Vorsitzende des Georgischen Traums, der Gründer dieser Partei angekündigt hat, der Milliardär des Landes angekündigt hat, muss man ganz ehrlich sagen, es ist wirklich noch mal in Frage zu stellen und möglicherweise sollte man natürlich Sanktionen gegen Bidsina Iwanischwili aussprechen. Natürlich muss man gucken, welche Möglichkeiten hat die EU noch. Aber das, was die Regierung derzeit abliefern, rechtfertigt eigentlich keinesfalls einen Kandidatenstatus, und das gilt es jetzt zu diskutieren.

**Heckmann:** Wie groß ist die Gefahr, dass sich ein ähnliches Szenario wie in der Ukraine wiederholen könnte? Die Menschen stürzen womöglich eine prorussische Regierung. Moskau spricht dann von Putsch und greift das Land an.

**Von Cramon:** Das ist in der Tat eine Gefahr, die ich auch sehe, vor allem, weil auch die Sicherheitsdienste in Teilen wohl schon unterwandert sind, weil auch Bidsina Iwanischwili mit einigen Personen aus dem Sicherheitsapparat enge Beziehungen nach Russland unterhält, und umgekehrt, weil Russland offensichtlich auch schon sogenannte Berater nach Tiflis geschickt hat. Ich kann das nicht abschätzen. Ich weiß nur, dass die Personen aus der Zivilgesellschaft, die jungen Menschen, die junge Generation überhaupt kein Interesse an Gewalt hat und dass die zwei Wochen lang friedlich jede Nacht, jeden Abend auf die Straßen gegangen sind und die nicht eskaliert haben. Das heißt, es ist jetzt die Frage, wie wird sich die Regierung verhalten, wird es irgendeine Form der Mäßigung geben, wird es irgendeine Möglichkeit des Kompromisses geben, wird die EU vielleicht auch noch mal deutlicher als nur mit Worten eingreifen und ihre Instrumente nutzen. Das ist wirklich eine große Frage, die da im Raum steht.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*